

**82. Sitzung der Bund-Länder-Kommission für
Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz
am 7. und 8. November 2007 in Bremen**

Beschlüsse

**Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung
in der Justiz beschließt:**

Zu TOP 1 b)

Das Protokoll der 81. Sitzung der Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz wird genehmigt.

Zu TOP 1 c)

Die Tagesordnung für die 82. Sitzung der Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz wird genehmigt.

**82. Sitzung der Bund-Länder-Kommission für
Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz
am 7. und 8. November 2007 in Bremen**

Beschlüsse

Zu TOP 2

Entwicklung des bundesweiten Justizportals

- a) Grundbuchportal
- b) ZVG - Portal
- c) Justizauktion
- d) Formularserver

**Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung
in der Justiz beschließt:**

1. Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „Entwicklung eines bundesweiten Justizportals“ zustimmend zur Kenntnis.
2. Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz gibt das ZVG-Portal für den Echtbetrieb frei.
3. Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz gibt das Grundbuch-Portal Stufe 1 für den Echtbetrieb frei und beschließt die Erstellung eines Fachfeinkonzepts für die Stufe 2. Im Rahmen der Erstellung des Fachfeinkonzeptes soll geprüft werden, ob und wie die Schaffung eines bundeseinheitlichen Grundbuchportals auch ohne die Übertragung von Zuständigkeiten auf eine andere Landesjustizverwaltung erreicht werden kann. Zudem soll die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens beleuchtet werden. In diesem Zusammenhang soll auch die Möglichkeit der Förderung des Projektes mit Fördermitteln der EU für das EU-Justiz-Portal geprüft werden.

**82. Sitzung der Bund-Länder-Kommission für
Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz
am 7. und 8. November 2007 in Bremen**

Beschlüsse

4. Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung stimmt der Abrechnung der Pflegekosten für die Orts- und Gerichtsdatei im Rahmen der Pflege des Justizportals ab dem 01.01.2008 zu.

**82. Sitzung der Bund-Länder-Kommission für
Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz
am 7. und 8. November 2007 in Bremen**

Beschlüsse

Zu TOP 4

Rechtsdienstleistungsgesetz / Rechtsdienstleistungsregister

**Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung
in der Justiz beschließt:**

1. Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „Bekanntmachungsplattform für außergerichtliche Rechtsdienstleistungen“ zustimmend zur Kenntnis.
2. Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz bittet die Arbeitsgruppe um Fortführung der Arbeiten zur Entwicklung einer elektronischen Bekanntmachungsplattform unter Beteiligung der Arbeitsgruppe Justizportal. Die Kosten für die Entwicklung und Unterhaltung werden entsprechend den Kosten des Justizportals gemäß dem Königsteiner Schlüssel auf alle Länder verteilt.
3. Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz bittet die Länder um rechtzeitige Aufnahme der Arbeiten zur Bestimmung der zuständigen Behörde nach § 19 Abs. 2 RDG-E und um entsprechende Mitteilung an die Arbeitsgruppe.

**82. Sitzung der Bund-Länder-Kommission für
Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz
am 7. und 8. November 2007 in Bremen**

Beschlüsse

Zu TOP 5

Schutzschriftenregister

**Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung
in der Justiz beschließt:**

1. Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „Elektronisches Schutzschriftenregister“ mit dem Vorbehalt, dass kein Konsens darüber besteht, dass die Gerichte im Erlasswege oder durch Dienstanweisungen zur Nutzung veranlasst werden können, zustimmend zur Kenntnis.
2. Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz bittet die Arbeitsgruppe um Fortführung der Arbeiten mit dem Ziel, wünschenswerten gesetzlichen Regelungsbedarf oder organisatorischen Änderungsbedarf für ein elektronisches Schutzschriftenregister zu ermitteln und ggf. Gesetzesänderungen oder -ergänzungen vorzuschlagen.

82. Sitzung der Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz am 7. und 8. November 2007 in Bremen

Beschlüsse

Zu TOP 6

Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung

**Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung
in der Justiz beschließt:**

1. Zur Begleitung des gleichnamigen Gesetzesvorhabens richtet die „Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz (BLK)“ eine Arbeitsgruppe „Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung“ ein. Die AG hat die Aufgabe, unter Berücksichtigung der finanziellen und zeitlichen Vorgaben des Gesetzentwurfs einen Vorschlag für die technische Realisierung der dort vorgesehenen
 - zentralen Internetbeauskunftung mit gemeinsamer Nutzerregistrierung und Kosteneinziehung
 - programmtechnischen Unterstützung der Aufgaben der künftigen zentralen Vollstreckungsgerichtedurch die gemeinsame Entwicklung der notwendigen Portalfunktionen und von gemeinsamen Webdiensten zu erarbeiten. Diese sollen durch die eingesetzten Fachanwendungen oder durch eine künftige zentrale Programmlösung genutzt werden können.
2. Die Arbeitsgruppe besteht aus Vertretern der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen (Federführung) und Sachsen.

**82. Sitzung der Bund-Länder-Kommission für
Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz
am 7. und 8. November 2007 in Bremen**

Beschlüsse

Zu TOP 8

Aktionsplan Deutschland Online

- Kommunikationsinfrastruktur für den elektronische Rechtsverkehr

**Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung
in der Justiz beschließt:**

1. Die BLK nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „IT-Standards in der Justiz“ zum Tagesordnungspunkt „SAFE“ zustimmend zur Kenntnis.
2. Die BLK beauftragt die Arbeitsgruppe „IT-Standards in der Justiz“, das Projekt in Abstimmung mit Deutschland-Online im Hinblick auf die Realisierung einer Lösung für die Justiz weiter voranzutreiben und hierzu das Feinkonzept abzuschließen und in Abstimmung mit der ZIB eine Ausschreibung vorzubereiten und der BLK - ggf. im schriftlichen Verfahren - zur Zustimmung vorzulegen.
3. Die BLK nimmt den Namensvorschlag SAFE (Secure Access to Federated E-Justice / E-Government) zustimmend zur Kenntnis.

**82. Sitzung der Bund-Länder-Kommission für
Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz
am 7. und 8. November 2007 in Bremen**

Beschlüsse

Zu TOP 10

**Projekt NeFa - Entwicklung einer zukunftsfähigen Justizsoftware
auf der Basis von Standardtechnologien**

**Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung
in der Justiz beschließt:**

Die BLK nimmt die Planungen Niedersachsens und Hessens zur Entwicklung einer zukunftsfähigen Justizsoftware auf Basis von Standardtechnologien zur Kenntnis und bittet darum, über die Projektfortschritte auf der kommenden Frühjahrssitzung unterrichtet zu werden.

**82. Sitzung der Bund-Länder-Kommission für
Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz
am 7. und 8. November 2007 in Bremen**

Beschlüsse

Zu TOP 11

Zukunftsprojekte - Innovationen aus der BLK

**Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung
in der Justiz beschließt:**

1. Die BLK richtet unter der Federführung Niedersachsens eine Arbeitsgruppe „Zukunft“ mit dem Ziel ein, das technologische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Umfeld der Justiz zu analysieren, um langfristige Zukunftsperspektiven der Justiz-IT zu entwickeln, auf Entscheidungsprozesse Einfluss zu nehmen und das Zukunftswissen in die Strategie- und Entscheidungsprozesse der BLK zu integrieren.
2. Die Arbeitsgruppe „Zukunft“ wird gebeten, der BLK zur nächsten regulären Sitzung ein Konzept zur Aufgabenerledigung zu priorisierten Handlungsschwerpunkten vorzulegen.
3. An der Arbeitsgruppe „Zukunft“ beteiligen sich neben Niedersachsen der Bund sowie die Länder Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen.

**82. Sitzung der Bund-Länder-Kommission für
Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz
am 7. und 8. November 2007 in Bremen**

Beschlüsse

Zu TOP 12

Bericht der Arbeitsgruppe

„Maschinell geführtes Grundbuch“

- Stand des Projektes „Redesign EGB“

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt bei Enthaltung der Landesjustizverwaltung Baden-Württemberg zu Nr. 3.1 sowie der Landesjustizverwaltung Brandenburg zu Nr. 3.1.a) :

1. Die BLK nimmt den Beschluss der Arbeitsgruppe „Maschinell geführtes Grundbuch“ zur Kenntnis und bittet um Fortführung der aufgezeigten Aktivitäten.
2. Die Arbeitsgruppe „Maschinell geführtes Grundbuch“ wird gebeten, die Schaffung der Normen für die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs in Grundbuchsachen, insbesondere für die eGrundschuld und die eAuflassungsvormerkung zu unterstützen, die Mitwirkung der Länder in IT-fachlicher Hinsicht zu koordinieren und die systemspezifische Arbeiten mit den Verbänden abzustimmen. Das Bundesjustizministerium wird gebeten, die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen für die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs in Grundbuchsachen baldmöglichst zu schaffen.
3. Das Bundesjustizministerium wird gebeten, die Änderung der Grundbuchabrufgebührenverordnung baldmöglichst zu betreiben und hierzu eine förmliche Länderbeteiligung durchzuführen.

**82. Sitzung der Bund-Länder-Kommission für
Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz
am 7. und 8. November 2007 in Bremen**

Beschlüsse

3.1. Gegenstand der Gebührenänderung soll sein:

- a) Die Einrichtungsgebühr wird hinsichtlich des unbeschränkten automatisierten Abrufverfahrens abgeschafft und hinsichtlich des eingeschränkten automatisierten Abrufverfahrens auf 50 € verringert. Ungeachtet der Entscheidung über die Zulassung auch in anderen Ländern fällt die Einrichtungsgebühr künftig bundesweit nur bei der ersten Zulassung an.
- b) Monatsgebühren entfallen.
- c) Gebühren für die Einsicht von Hilfsverzeichnissen entfallen.
- d) Die Gebühr für den Grundbuchabruf wird auf 8,50 € festgelegt.

Die Gebührenermäßigung für Folgeabrufe entfällt.

3.2. Die BLK empfiehlt den Ländern, von der Erhebung abweichender Gebühren im Rahmen von Vereinbarungen oder öffentlichrechtlichen Verträgen abzusehen.

**82. Sitzung der Bund-Länder-Kommission für
Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz
am 7. und 8. November 2007 in Bremen**

Beschlüsse

Zu TOP 14

Arbeitsgruppe Europa

- a) Konferenz „work on eJustice“ in Bremen - Rückblick
- b) Schaffung eines Europäischen Justizportals - Ausblick
- c) Europäische Strafregistervernetzung

**Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung
in der Justiz beschließt:**

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz spricht sich dafür aus, dass mit Wirkung vom 01.02.2008 das Land Baden-Württemberg die Vertretung der Bundesländer in der Ratsarbeitsgruppe Rechtsinformatik (eJustice) übernimmt und bittet das Land Berlin, die hierfür notwendigen formalen Schritte einzuleiten.

**82. Sitzung der Bund-Länder-Kommission für
Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz
am 7. und 8. November 2007 in Bremen**

Beschlüsse

Zu TOP 15 a)

**Sachstandsbericht der Arbeitsgruppe
„Maschinell geführte Register“**

**Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung
in der Justiz beschließt:**

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz
nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „Maschinell geführte Register“ zur Kenntnis.

**82. Sitzung der Bund-Länder-Kommission für
Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz
am 7. und 8. November 2007 in Bremen**

Beschlüsse

Zu TOP 15 b)

**Sachstandsbericht der Arbeitsgruppe
„Nutzung juristischer Informationssysteme“**

**Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung
in der Justiz beschließt:**

1. Die BLK nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe zur Kenntnis.
2. Die BLK stimmt – bei Enthaltung der Länder Bayern, Berlin und Bremen - der Beauftragung der Sozietät „Freshfields, Bruckhaus, Deringer“ zur Erarbeitung einer gutachterlichen Stellungnahme zu den die Länderverträge betreffenden Fragen zu. Es besteht zugleich Einigkeit darüber, dass die Kosten dieser Mandatierung nach dem modifizierten Königsteiner Schlüssel 2007 unter den 13 betroffenen Ländern aufgeteilt werden. Die BLK beauftragt die Arbeitsgruppe, im Zusammenwirken mit der Anwaltskanzlei sowie dem BMJ eine einheitliche inhaltliche Stellungnahme als Beitrag für die offizielle Erwiderung der Bundesregierung zu erarbeiten.

**82. Sitzung der Bund-Länder-Kommission für
Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz
am 7. und 8. November 2007 in Bremen**

Beschlüsse

Zu TOP 15 c)

**Sachstandsbericht der Arbeitsgruppe
„IT-Standards in der Justiz“**

**Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung
in der Justiz beschließt:**

1. Die BLK nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „IT-Standards in der Justiz“ zustimmend zur Kenntnis.
2. Die Landesjustizverwaltung Nordrhein-Westfalen wird gebeten, die Liste der bundesweit in der Justiz verfügbaren Videokonferenzenanlagen als Link in das Justizportal aufzunehmen.
3. Die BLK nimmt die „Vereinbarung über Unterstützungsleistungen des LDS NRW und der OSCI Leitstelle für die AG IT Standards“ zustimmend zur Kenntnis.
4. Die BLK nimmt den Sachstandsbericht zur INPOL-Anbindung zustimmend zur Kenntnis.
5. Die BLK nimmt die Information zum Stand der Problematik der Änderung der Schlüssellänge (2048bit) zur Kenntnis und beauftragt die Arbeitsgruppe „IT-Standards in der Justiz“ die technisch-organisatorischen Rahmenbedingungen (insbes. sicherer Betrieb und ArchSig-Vorgaben) zu klären und bzgl. der qualifizierten Zeitstempel mögliche Bieter anzufragen und der BLK zu berichten.

**82. Sitzung der Bund-Länder-Kommission für
Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz
am 7. und 8. November 2007 in Bremen**

Beschlüsse

Zu TOP 15 d)

**Sachstandsbericht der Arbeitsgruppe
„EDV-Gerichtstag“**

**Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung
in der Justiz beschließt:**

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz
nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „EDV-Gerichtstag“ zur Kenntnis.

**82. Sitzung der Bund-Länder-Kommission für
Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz
am 7. und 8. November 2007 in Bremen**

Beschlüsse

Zu TOP 15 e)

**Sachstandsbericht der Arbeitsgruppe
„Elektronischer Rechtsverkehr“**

**Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung
in der Justiz beschließt:**

1. Die BLK nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe Elektronischer Rechtsverkehr zur Kenntnis.
2. Die BLK unterstützt das von der Arbeitsgruppe Elektronischer Rechtsverkehr verfolgte Ziel der Neugliederung der Internetbekanntmachungen und bittet um entsprechende Fortsetzung der Arbeiten.
3. Die BLK stimmt dem Entwurf der geänderten Musterrechtsverordnung zu und beschließt, diesen Entwurf als neue Fassung der Musterrechtsverordnung zu veröffentlichen.

**82. Sitzung der Bund-Länder-Kommission für
Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz
am 7. und 8. November 2007 in Bremen**

Beschlüsse

Zu TOP 15 h)

**Sachstandsbericht der Arbeitsgruppe
„Einsichtnahme in die Datenbestände
der notariellen Vorsorgevollmachten“**

**Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung
in der Justiz beschließt:**

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „Einsichtnahme in die Datenbestände der notariellen Vorsorgevollmachten“ zur Kenntnis.

**82. Sitzung der Bund-Länder-Kommission für
Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz
am 7. und 8. November 2007 in Bremen**

Beschlüsse

Zu TOP 15i)

**Sachstandsbericht der Arbeitsgruppe
„ADV-Kommission im Justizvollzug“**

**Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung
in der Justiz beschließt:**

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz
nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „ADV-Kommission im Justizvollzug“ zur Kenntnis.

**82. Sitzung der Bund-Länder-Kommission für
Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz
am 7. und 8. November 2007 in Bremen**

Beschlüsse

Die **Frühjahrssitzung** 2008 der BLK wird
am **7. und 8. Mai 2008 in Berlin** stattfinden.

Die **Herbstsitzung** 2008 der BLK wird
am **12. und 13. November 2008 in Sachsen** stattfinden.